



## **Von der Care-Krise zur Care-Gerechtigkeit: Radikaler Umbau der geltenden symbolischen Ordnung unumgänglich**

### **Care-Revolution erfordert breites Bündnis von Zivilgesellschaft und Institutionen**

**[Wien, 22.9.2014, PA] Eine radikale Abkehr von der symbolischen Ordnung, die gegenwärtig Staat, Gesellschaft und Wirtschaft dominiert, fordert Michaela Moser, Professorin am Department Gesundheit und Soziales der Fachhochschule St. Pölten, im Blick auf Verständnis und Praxis von Sorge-Arbeit. Die Wahrnehmung von Welt und Mensch unter hierarchisch-patriarchalen Vorzeichen – Überordnung von Männern über Frauen, Kultur über Natur... - müsse abgelöst werden von der Einsicht in fundamentale Gegebenheiten, die eine bedarfsorientierte Ordnung der Sorge-Arbeit erst ermöglichen: der Einsicht in die grundsätzliche Abhängigkeit des Menschen, in sein prekäres, gefährdetes Leben und der Einsicht, dass das Recht auf ein gutes Leben, ein Gedeihen in der gegebenen Abhängigkeit für alle besteht. „Die gegenwärtige Ordnung bröckelt bereits“, so Michaela Moser im Blick auf die vielfachen Krisenerscheinungen in der Sorgearbeit, „Familie, Staat, Ökonomie müssen daher anders gedacht werden“. Moser setzt auf die Kraft von „caring citizens“, auf eine breite Allianz von Zivilgesellschaft, Betroffenen und Organisationen, die an einzelnen Stellen als Bewegung bereits sichtbar würde.**

Ihre Analyse präsentierte die philosophische Ethikerin bei der Tagung „Sorge-Arbeit in der Krise. Von der Care-Krise zur Care-Gerechtigkeit“ am 19. September in der Arbeiterkammer St. Pölten. Dazu eingeladen hatten die Katholische Frauenbewegung St. Pölten, die Katholische Frauenbewegung Österreichs mit dem Ökumenischen Forum christlicher Frauen in Österreich, die Katholische Sozialakademie Österreichs, der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich sowie WIDE (women in development europe), Joan Robinson (Verein zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissens), die Gewerkschaft vida und die Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung St. Pölten. Die Tagung verstand sich als Beitrag zum Projekt „sozialwort 10+“, das 10 Jahre nach der Verabschiedung des „Sozialwortes des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich“ die seinerzeitigen Befunde und Aufgaben von Kirche und Gesellschaft einer relecture unterzieht. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Anna Rosenberger, stellvertretende Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Österreichs und Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung St. Pölten, und Brigitte Gutknecht, Nationalkoordinatorin des Ökumenischen Forums Christlicher Frauen in Österreich.

### **Neues Kleid statt Flicker: Kirchen gefragt**

Modelle und Aspekte einer anderen Ordnung – u.a. das Grundeinkommen ohne Arbeit,

Spiegelgasse 3/II  
A-1010 Wien  
TELEFON +43 (1) 51 552-36 95  
TELEFAX +43 (1) 51 552-37 64  
E-MAIL [office@kfb.at](mailto:office@kfb.at)

DVR 0029874(034)  
ZVR 196036900  
BIC BTVAAT22  
IBAN AT31 1630000130212255

[www.kfb.at](http://www.kfb.at)

solidarökonomische Betriebe oder gemeinschaftliche Lebensformen – seien bereits ausgearbeitet oder auch umgesetzt, erklärte Moser, wichtig sei nun im Blick auf die Organisation von Care eine auch internationale Vernetzung von Zivilgesellschaft und Institutionen, wie sie etwa auf der „Aktionskonferenz Care-Revolution“ im Frühjahr diesen Jahres in Berlin angestossen wurde ([www.care-revolution.site36.net](http://www.care-revolution.site36.net), s. auch „Care-Resolution“). „Es geht darum, Gruppen zu befähigen, ihre Interessen zu vertreten und sich zusammenzuschließen: Ärzte, Pflegerinnen, 24-Stunden-Kräfte, betreuende Angehörige, Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiterinnen, ...“ An einzelnen Rädchen zu drehen, helfe nicht wirklich, so Moser, es sei sinnlos, „am alten Gewand herumzuflicken“, vielmehr gelte es, ein völlig neues herzustellen. Im Blick müsse stets „das große Ganze“ sein: die Abkehr vom „Menschen als Leistungsträger“, das Eingeständnis der eigenen Bedürftigkeit: „Dafür müssen wir eine Kultur schaffen“, so Moser. Die Kirchen könnten dabei „eine wunderbare Rolle“ spielen. Aufseiten der Politik sei es notwendig, eine grundsätzliche Einsicht in die Krise erst zu entwickeln. Die repräsentative Demokratie erweise sich als problematisch: „Es gibt so viele Betroffene und so viele Konzepte, aber es dringt nichts durch.“

### **Grundübel: Paternalistisch-hierarchisches Gesellschaftsmodell und neoliberale Reformen**

Das „paternalistisch-hierarchische“ Gesellschaftsmodell, durch neoliberale Reformen in seiner Wirkung verstärkt, führte auch Erna Appelt, Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und Unterstützerin der Initiative Care.Macht.Mehr ([www.care-macht-mehr.com](http://www.care-macht-mehr.com)) ins Feld, um die aktuellen Zustände in der Care-Arbeit zu erklären. Geschlecht und Klasse seien Kategorien, die das aktuelle Care-Regime definierten, wie ein Blick auf die „familiarisierte“ Pflegesituation älterer Menschen zeige: 46 Prozent würden ausschließlich in der Familie, 32 Prozent in der Familie mit mobiler Unterstützung, 17 Prozent im Heim und 4 Prozent von 24-Stunden-Kräften versorgt. Überall dominierten Frauen als Pflegende weit überwiegend, passend dazu verlaufe die Entwicklung der Erwerbsarbeitsverteilung: zunehmend mehr Frauen arbeiten Teilzeit, zunehmend mehr Männer machen Überstunden, das Thema Arbeitszeitverkürzung sei „vom Tisch“. Der Begriff „Cash for Care“ sei „beschönigend“, so Appelt, weil etwa das Pflegegeld keine Entlohnung darstelle, dafür Frauen in prekäre, - vom kürzlich eingeführten Anspruch auf Anrechnung von Pensionszeiten abgesehen - rechtlose Situationen treibe. Zudem hebe der Staat mit seinem Fördersystem auf die Mittelschicht ab und lasse weniger einkommensstarke Schichten außen vor: 24-Stunden-Betreuungen, staatlich unterstützt, könnten sich Menschen mit geringen Einkommen nicht leisten. Die 24-Stunden-Kräfte selbst seien der Ausbeutung preisgegeben, Bemühungen des ÖGB um eine Klärung vieler vorliegender Scheinselbständigkeiten bzw. um eine reguläre Beschäftigung von 24-Stunden-Pflegerinnen seien von Finanzministerium wie Hilfsorganisationen abgewiesen worden.

### **Von der Industrie- zur Care-Logik: Sorgearbeit ist keine Ware**

Barbara Fuchs, Dozentin am Institut für Entrepreneurship der Universität Liechtenstein mit Forschungsschwerpunkt Care-Ökonomie, diagnostizierte den Mangel an theoretischer Fundierung für eine Dienstleistungsökonomie, die die Industrieökonomie ablösen müsse. Dienstleistungen wie Pflege und andere Sorge-Tätigkeiten würden in der überkommenen ökonomischen Logik gleichsam als Ware verstanden. Im Gegensatz zur Industriearbeit herrschten aber ganz andere Bedingungen: das „Produkt“ sei immateriell, nicht greifbar und daher messbar oder standardisierbar, erfordere persönliche Beteiligung und Zusammenarbeit, die Interaktion zweier Menschen. Fuchs: „Wenn mir ein Banker das falsche Produkt verkauft, kann ich mir in drei Jahren möglicherweise mein Haus nicht mehr leisten, wenn eine Pflegekraft nicht richtig arbeitet, kann das zum Tod der betreuten Person führen“. Nach

Ansicht von Fuchs braucht die Abkehr von einer Logik der Industrieökonomie eine „politische Entscheidung“, „Sachzwänge“ spielten dabei nur eine geringe Rolle: „Es war auch möglich, Banken zu retten“. Fuchs rief dazu auf, notwendige theoretische Arbeit zu leisten, „mutig“ zu sein, „laut“ zu werden und entsprechende Forderungen an die Politik zu richten.

## **24-Stunden-Kräfte als Feigenblatt für notwendige politische Reformen**

Eine konkrete Forderung der Gewerkschaft ist das Recht auf Pflegekarenz, wie Willibald Steinkellner, Vorsitzender der Sektion Soziales, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe in der Gewerkschaft vda, feststellte. Von Arbeitgeberseite wurde diese Forderung abgewiesen, sie möchte die jeweilige Entscheidung, einem/r Beschäftigten Pflegekarenz zu gewähren, von der Moral des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin abhängig sehen. Auch das Problem der Scheinselbständigkeit von 24-Stunden-Kräften sei ungelöst, offen die Frage, wo eine Anstellung erfolgen könne. Sibylle Hamann, Journalistin und Autorin des Reports „Saubere Dienste“, hat bei ihren Recherchen u.a. zum Modell der 24-Stunden-Pflege weder Agenturen noch Wirtschaftskammer als Bündnispartner erlebt, wenn es darum ging, Unterstützung finden in der Frage, wie Scheinselbständige in eine echte Selbständigkeit oder aber in eine Beschäftigungsverhältnis bei einer österreichischen Institution überführt werden könnten. Es brauche dringend eine Ansprechstelle für derlei Fragen, die sich auch vielen Angehörigen stellten, die derlei Dienste in Anspruch nehmen, so Hamann.

## **Unumgänglich: Ausbau von Alternativen**

Andrea Alder, FH- und Universitätslektorin sowie Pflege- und Gesundheitsberaterin in freier Praxis, forderte einen massiven Ausbau alternativer Wohnformen für pflegebedürftige Menschen (derzeit 3% aller Betreuten umfassend) sowie teilstationärer Betreuungsformen (derzeit 1 %). Es brauche ein Case-Management, das „niederschwelligst“ arbeite, so Alder, um – anders als jetzt - auch Menschen unterhalb der Mittelschicht zu erreichen. „Aufsuchende“ Beratung, am individuellen Bedarf in Familien orientierte, leistbare und flächendeckende Betreuung seien nötig: „Zwischen dreimal täglich Kurzbesuch und 24-Stunden-Betreuung braucht es viele Facetten“, so Alder – Forderungen, die die WHO bereits 1998 niedergelegt habe.

## **Weg von Mittelschichtprogrammen auch in der Elementarpädagogik**

Eine ausgesprochene „Mittelschicht“-Orientierung attestierte Heidemarie Lex-Nalis, Obfrau der Plattform EduCare, dem „Verein für umfassende elementare und außerschulische Bildung“, auch dem Ausbildungswesen im Bereich der Elementarpädagogik. Die Bakip, der Schultyp für angehende KindergartenpädagogInnen, sammle „brave Mädchen“, die als meist „angepasste, nicht im Zusammenhang denkende“ und somit unkritische, für die Durchsetzung der eigenen Interessen nur schwer mobilisierbare Menschen in die Kindergärten entlassen würden. „Europaweit ist die Ausbildung in solch einem Sekundärschultyp außer in Österreich nur noch in der Slowakei zu finden“, so Lex-Nalis. Zwar würden mittlerweile rund 41 Prozent der SchulabgängerInnen ein Studium aufnehmen, doch führte das zumeist in andere Berufsfelder. Im Kombination mit der extremen Personalnot im Bereich der Elementarpädagogik – hervorgerufen etwa durch den Ausbau von Kindergartenplätzen im Bereich der 5 – 6-Jährigen und des erweiterten Krippenbetriebs bei gleichzeitig kaum erhöhtem Personalstand – ergebe sich eine äußerst heikle Situation: „Junge kommen nicht mehr nach, Ältere brennen aus“, zumal Supervision und qualitative Weiterbildung weitgehend nicht existierten. „Wir brauchen Geld“, so Lex-Nalis, „und gut aus- und weitergebildetes Personal“. Zu den Bestandteilen einer bedarfsorientierten Organisation von Elementarpädagogik gehörten überdies etwa die Errichtung offener Eltern-Kind-Zentren

zwecks Abbau von Zugangsschwellen sowie Hausbesuche, um das Vertrauen von Familien aus anderen ethnischen wie sozialen Kulturen aufzubauen.

Rückfragen bei:

Mag.a Elisabeth Ohnemus  
Pessereferentin  
Katholische Frauenbewegung Österreichs  
Spiegelgasse 3/II · 1010 Wien  
Tel: +43.(0)1.51552-3109 · Fax: -3764  
Mobil: +43.(0)664.3218936  
[elisabeth.ohnemus@kfb.at](mailto:elisabeth.ohnemus@kfb.at)  
[www.kfb.at](http://www.kfb.at); [www.teilen.at](http://www.teilen.at)